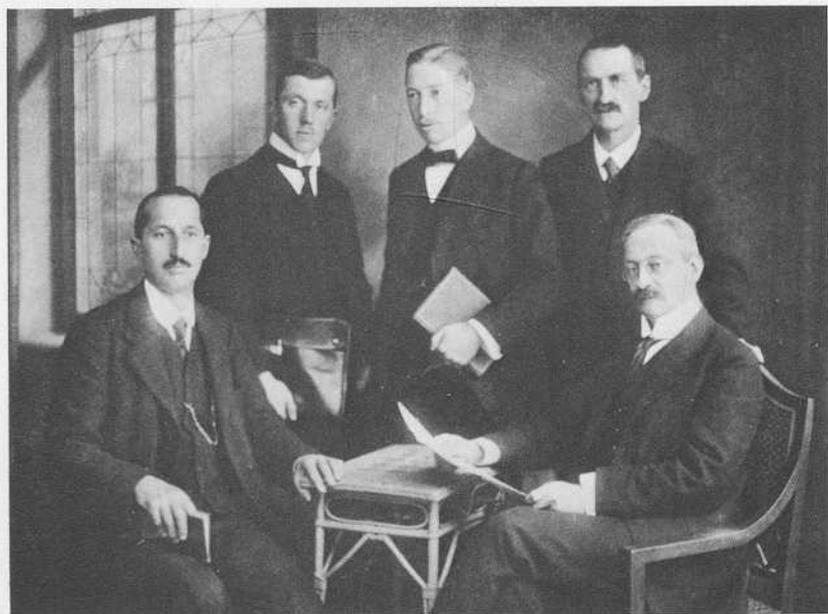


Der Zollvertrag mit der Schweiz

Der Zollvertrag mit der Schweiz, der die Grundlage unseres heutigen Wohlstandes bildet, war von Anfang an ein politischer Eckpfeiler der Volkspartei. Schon im ersten Programm von 1918 forderte sie den Abschluss von Zoll- und Handelsverträgen, die der Wirtschaft des Landes förderlich sind. Die Idee des Zollanschlusses an die Schweiz war nicht neu. Schon 1863 hatten Liechtensteiner, vor allem aus dem Oberland, in Bittschriften einen solchen verlangt. Die Volkspartei machte sich zum Anwalt dieser Idee und kritisierte den liechtensteinisch-österreichischen Zollvertrag in politischer und finanzieller Hinsicht. Dieser Vertrag bildete ehemals das Rückgrat der Staatsfinanzen, steuerte aber 1918 nur noch etwa 5% zu den Einnahmen bei. Die Volkspartei konnte für die Neuorientierung zur Schweiz schlagende Argumente an-

führen und auch die Schlossabmachungen vom September 1920, eine Übereinkunft zwischen Landesfürst und Volkspartei, sehen die Regelung der zoll- und handelspolitischen Beziehungen zu «einem Nachbarstaat» und die Ordnung des Geldwesens für eine gesunde Währung vor. Dieser Nachbarstaat konnte nur die Schweiz sein.

Im April 1919 brachte Landesverweser Prinz Karl von Liechtenstein in Bern den Wunsch der Regierung für Verträge in Zoll-, Post- und Justizwesen vor. Im August beschloss der Landtag die Kündigung des Zollvertrages mit Österreich und noch im gleichen Jahr wurden Gesandtschaften in Bern und Wien eröffnet. Geschäftsträger in Bern war der in Triesenberg heimatberechtigte Prof. Emil Beck, der sich voll für den Zollver-



Die liechtensteinische Kommission für die Zollvertragsverhandlungen (23. und 24. Januar 1920). Von links nach rechts: Landtagspräsident Fritz Walser, Legationsrat Dr. Emil Beck, Landtagsabgeordneter Dr. Wilhelm Beck, Regierungsrat-Stellvertreter Emil Batliner und Prinz Eduard von Liechtenstein.